

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/104

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1927 bis 1938

18.06.1927

Schweiz: Der deutsche Außenminister Stresemann und der britische Außenminister Chamberlain verhandeln am 18. Juni 1927 in Genf über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

Juli 1927

Großbritannien: Die britische Regierung bricht im Juli 1927 alle diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, als sowjetische Spionage- und Zersetzungstätigkeiten in Londoner Handelsvertretungen aufgedeckt werden (x125/171).

18.09.1927

Deutsches Reich: Während der sogenannten "Tannenbergfeier" erklärt Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 zur Kriegsschuld der Deutschen (x034/348): >>... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk ... in allen seinen Schichten einmütig zurück. ... Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste ... Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.<<

14.11.1927

UdSSR: Stalin läßt am 14. November 1927 seine größten Widersacher Leo Trotzki, Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew aus der Partei ausschließen und nach Kasachstan verbannen oder nach Sibirien deportieren (x175/241-242).

1927

Frankreich: In Elsaß-Lothringen fordert der deutsche Heimatbund im Jahre 1927 einen eigenen Landtag, Selbstverwaltung und größere Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagiert danach mit radikalen, gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen.

24.02.1928

USA: Am 24. Februar 1928 macht Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfiehlt eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

18.04.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 18. April 1928 auf der 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (x034/368): >>... Wir leiden unter den Reparationslasten, die Verkehr und Industrie hemmen.<<

20.05.1928

Deutsches Reich: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen

und Parteitage durch.

27.08.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Streseman kritisiert am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. (Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht), suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

30.10.1928

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verlangt am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

17.11.1928

Deutsches Reich: General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtet am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tank- schule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

1928

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemierzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen. Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsoptionen sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film,

Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

30.03.1929

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann (der im Ausland hochgeachtet, aber im Deutschen Reich vielfach gehaßt wird) schreibt am 30. März 1929 an den britischen Botschafter Lord Edgar d'Abernon in Berlin (x063/556): >>Heute muß ich Ihnen sagen, daß diejenigen, die für die Locarno-Politik eingetreten sind, nur die Trümmer ihrer Hoffnungen sehen. Die blödsinnige Politik der weiteren Besetzung des Rheinlandes treibt alle Leute wieder zu den Deutschnationalen zurück. Diejenigen, die am stärksten für diesen Gedanken eingetreten waren, fühlen sich am stärksten deprimiert.<<

07.06.1929

Frankreich: Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) werden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich soll danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

30.06.1929

Deutsches Reich: Der "Vorwärts" berichtet am 30. Juni 1929 (x034/413): >>Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt und unbewußt Vorschub leistet.<<

In Berlin legen Studenten am 30. Juni 1929 im Vorgarten der Universität einen Treueschwur ab (x034/413): >>... Im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge nicht zu erlahmen!<<

03.07.1929

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1929 allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, an NSDAP- und KPD-Veranstaltungen teilzunehmen.

11.08.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlicht am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418).

16.08.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 16. August 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 16.8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung ... die Republik als einen "Sau- und Schweinestall" ...<<

31.08.1929

Niederlande: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Das Rheinland soll bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheitern jedoch (x063/556).

02.09.1929

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanz die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

08.09.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 8. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Bei der Stahlhelmtagung am 8.9. durchzog ein Trupp Stahlhelmlleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: "Wir schießen auf die Republik!" ...<<

09.09.1929

Schweiz: Obwohl der deutsche Außenminister Stresemann bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet ist, spricht er am 9. September 1929 zum letzten Mal vor dem Völkerbund in Genf. Der verbitterte Entspannungspolitiker kämpft praktisch bis "zum letzten Atemzug" leidenschaftlich, aber letzten Endes vergeblich, für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes, die Rückgabe des Saarlandes, die Minderheiten-Schutzrechte und für sein Lebensziel, ein "vereintes Europa".

Stresemann, ein Vorkämpfer des Europagedankens und der Völkerversöhnung, der die unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges auf friedlichem Wege beseitigen will, berichtet kurz vor seinem Tod (x069/151): >>... Ich habe aufrichtig für den Frieden gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung habe ich für meine Politik gewonnen. Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht. Ich habe den Locarnopakt unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten.

Es ist jetzt 5 Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber Sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen.<<

03.10.1929

Deutsches Reich: Gustav Stresemann (1878 in Berlin geboren, der sich ab 1919 vom autoritären Monarchisten zum Befürworter und herausragenden Entspannungspolitiker der Weimarer Republik entwickelt) stirbt am 3. Oktober 1929 an den Folgen eines Schlaganfalls. Stresemann, der zu den fähigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik gehört, stirbt leider viel zu früh, denn er hätte Hitlers "Machtergreifung" vielleicht verhindern können.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 3. Oktober 1929 über Stresemanns Tod (x034/425): >>... Ich befürchte von Stresemanns Tod in erster Linie sehr ernste innerpolitische Folgen, das Abrücken der Volkspartei nach rechts, einen Bruch der Koalition, Erleichterung der Diktaturbestrebungen.<<

25.10.1929

USA: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430):

>>Sparen das Gebot der Stunde.<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

1929

UdSSR: Trotzki flieht im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo

ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordet (x128/48).

Frankreich: Frankreich errichtet von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestaffeltes Befestigungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme Young-Plans.

27.03.1930

Deutsches Reich: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück.

30.03.1930

Deutsches Reich: Heinrich Brüning wird am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinetts der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügt, regiert man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).

15.04.1930

Deutsches Reich: Am 15. April 1930 sind im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeitslos. Die Unterstützung für Arbeitslose beträgt im Durchschnitt 81 RM pro Monat.

Die Biersteuer wird um 46 % erhöht.

17.05.1930

Frankreich: Der französische Außenminister Aristide Briand sendet am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift fordert Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnen eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

30.06.1930

Deutsches Reich: Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgültig das Rheinland räumen (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), findet im Reichstag eine Gedenkfeier statt.

Reichspräsident Hindenburg bezeichnet den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmen weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.

18.07.1930

Deutsches Reich: Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmt, kündigt Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügt (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besitzen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), muß die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/562).

14.09.1930

Deutsches Reich: Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitver-

breiteten Existenzangst erreicht die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

15.12.1930

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1930 sind im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.

1930

UdSSR: Im Jahre 1930 wird in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/163).

Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuten, werden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigt unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).

31.01.1931

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1931 sind im Deutschen Reich 4.886.925 Menschen arbeitslos.

15.03.1931

Deutsches Reich: Am 15. März 1931 sind im Deutschen Reich 4.980.000 Menschen arbeitslos.

20.06.1931

Deutsches Reich: Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bittet, läßt US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

21.06.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung stimmt am 21. Juni 1931 dem Stundungsvorschlag (Aufschub der Kriegsschuldzahlungen für 1 Jahr) des US-Präsidenten Hoover zu.

15.11.1931

Deutsches Reich: Am 15. November 1931 sind im Deutschen Reich 4.840.000 Menschen arbeitslos.

Frankreich: Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellen am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

15.12.1931

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1931 sind im Deutschen Reich 5.349.000 Menschen arbeitslos.

31.12.1931

Deutsches Reich: Im Dezember 1931 verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 beträgt die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568).

Das Deutsche Reich besitzt am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

1931

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

15.01.1932

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

18.01.1932

Deutsches Reich: Die Reichsregierung veröffentlicht am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen.

Danach hat das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

31.01.1932

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 6.041.000 Menschen arbeitslos.

02.02.1932

Großbritannien: Der Erzbischof von York kritisiert am 2. Februar 1932 während einer Predigt den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrages.

25.02.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag wird am 25. Februar 1932 die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahlen bekanntgegeben.

29.02.1932

Deutsches Reich: Am 29. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.128.000 Menschen arbeitslos.

10.04.1932

Deutsches Reich: Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wird am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlägt Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

15.04.1932

Deutsches Reich: Am 15. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.934.000 Menschen arbeitslos.

30 % der deutschen Handelsflotte werden vorübergehend stillgelegt.

30.04.1932

Deutsches Reich: Am 30. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.737.000 Menschen arbeitslos.

08.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning lehnt am 8. Mai 1932 während einer Rede vor ausländischen Reportern weitere Reparationszahlungen ab.

30.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning muß am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützt.

01.06.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969) zum neuen deutschen Reichskanzler.

15.06.1932

Deutsches Reich: Am 15. Juni 1932 sind im Deutschen Reich 5.569.000 Menschen arbeitslos.

09.07.1932

Schweiz: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

20.07.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Franz von Papen führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

31.07.1932

Deutsches Reich: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

31.08.1932

Deutsches Reich: Am 31. August 1932 sind im Deutschen Reich 5.225.000 Menschen arbeitslos.

30.09.1932

Deutsches Reich: Am 30. September 1932 sind im Deutschen Reich 5.101.000 Menschen arbeitslos.

Die deutsche Wirtschaft erzielt in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wieder einen Außenhandelsüberschuß von 846,9 Mill. RM (x034/615).

31.10.1932

Deutsches Reich: Am 31. Oktober 1932 sind im Deutschen Reich 5.109.000 Menschen arbeitslos.

06.11.1932

Deutsches Reich: Die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 endet mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verliert über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhält nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

02.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg spricht sich gegen Franz von Papen aus und beauftragt am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

03.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934) am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

15.12.1932

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.604.000 Menschen arbeitslos.

31.12.1932

Deutsches Reich: Am 31. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.773.000 Menschen arbeitslos.

1932

UdSSR: Um den erbitterten Widerstand der widerspenstigen Ukrainer zu brechen, die hartnäckig eine gewisse nationale Unabhängigkeit fordern, befiehlt Stalin im Jahre 1932 "geeignete Strafmaßnahmen". Die zwangsläufige Folge dieser gnadenlosen Strafmaßnahmen und Bauernverfolgungen sind landesweite Hungerkatastrophen.

Die UdSSR ist im Jahre 1932 außenpolitisch fast vollständig vom übrigen Europa isoliert.

Großbritannien: Der "Daily Telegraph" empfiehlt den Deutschen im Jahre 1932, eine "Rechtskoalition" zu bilden (x025/129).

Palästina: Obwohl in Palästina vielerorts Judenverfolgungen stattfinden, wandern von 1919-32 rund 84.100 Juden in ihre uralte Heimat (x055/507).

15.01.1933

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1933 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

28.01.1933

Deutsches Reich: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

30.01.1933

Deutsches Reich: Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

07.02.1933

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 7. Februar 1933 während einer Massenversammlung der Eisernen Front in Berlin (x032/14): >>... Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeeengt. Wir erinnern an das alte Wort: Gestrenge Herren regieren nicht lange!<<

27.02.1933

Deutsches Reich: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichstages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".

Am 21. März 1933 sind 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchtert und massiv bedroht.

31.03.1933

NS-Regime: Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wird am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane sind danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

01.04.1933

NS-Regime: Am 1. April 1933 findet bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden beginnt.

Goebbels berichtet am 1. April 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Die Presse arbeitet jetzt schon in vollster Einheitlichkeit.<<

07.04.1933

NS-Regime: Am 7. April 1933 werden das zweite Gleichschaltungsgesetz und ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig sind, können sofort entlassen werden.

10.04.1933

NS-Regime: Die NSDAP übernimmt am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernennt den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".

20.04.1933

NS-Regime: Hitlers Geburtstag wird am 20. April 1933 erstmalig als nationaler Feiertag begangen.

30.04.1933

Deutsches Reich: Willy Brandt (1913-1992, eigentlich Herbert Frahm, seit 1930 SPD-Mitglied) emigriert im April 1933 nach Dänemark, später nach Norwegen, um im vermeintlich sicheren Ausland den Widerstand fortzusetzen.

01.05.1933

NS-Regime: Der 1. Mai wird im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag ("Tag der Nationalen Arbeit").

02.05.1933

NS-Regime: Am 2. Mai 1933 läßt Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser werden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen.

09.05.1933

Deutsches Reich: Evangelische Theologen und Pfarrer schalten sich am 9. Mai 1933 in die Diskussion um eine evangelische Reichskirche und um die Wahl eines NS-Reichsbischofs ein.

Hanns Lilje, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, und Berliner Geistliche, die sich als Jungreformatoren bezeichnen, fordern, daß kirchliche Entscheidungen allein aus dem Wesen der Kirche heraus, d.h. vom Bekenntnis her getroffen werden können. Die Einführung des Arierparagraphen wird im kirchlichen Raum strikt abgelehnt.

10.05.1933

NS-Regime: Am 10. Mai 1933 läßt Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen.

Der NS-Staat ordnet am 10. Mai 1933 im gesamten Land öffentliche Bücherverbrennungen an.

17.06.1933

NS-Regime: Der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös von Jákfa (1886-1936, ein rechtsradikaler Politiker und fanatischer Antisemit) ist der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. Juni 1933 offiziell besucht (x051/221).

29.06.1933

NS-Regime: Am 29. Juni 1933 wird der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944, 1912-28 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster Reichskanzler der Weimarer Republik) verhaftet.

In den folgenden Tagen werden etwa 3.000 sozialdemokratische Politiker interniert (x032/68).

Juni 1933

NS-Regime: Bis Ende Juni 1933 läßt Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).

14.07.1933

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.

31.07.1933

NS-Regime: Am 31. Juli 1933 befinden sich bereits 26.789 NS-Regimegegner (politische Gefangene, Schriftsteller und Pastoren) in der NS-Schutzhaft (x032/76).

Gegen die willkürliche Verhängung der Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager gibt es gemäß "Reichstagsbrandverordnung" keine Einspruchsmöglichkeit.

03.09.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 3. September 1933 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>... Die Nation aber fühlt allmählich die Entstehung einer neuen politischen Führung, der sie sich steigernd mehr und mehr ergibt. ...

Zu ihrer Gedankenwelt aber bekennt sich als Anhänger heute die überwältigende Mehrheit aller Deutschen. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet später über diesen NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>Der Reichsparteitag in Nürnberg, der "Reichsparteitag des Sieges" vom Anfang September; zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend.

Bei der Partei gehen Beitrittsanträge in Massen ein, sie muß den Eintritt sperren, um nicht überflutet zu werden. Das erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...<<

21.09.1933

Deutsches Reich: Die Berliner Pfarrer Niemöller, Jacobi und von Rabenau gründen am 21. September 1933 den Pfarrernotbund, um gegen die "neue kirchliche NS-Ordnung" und vor allem gegen das Eindringen von NS-Gedankengut zu kämpfen. Jeder evangelische Pfarrer, der Mitglied des Pfarrernotbundes wird, muß eine Erklärung unterschreiben.

14.10.1933

NS-Regime: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.

15.10.1933

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

Oktober 1933

NS-Regime: Walter Ulbricht (1893-1973) emigriert im Oktober 1933 nach Paris und 1938 nach Moskau). Ulbricht ist wie viele andere Emigranten nicht bereit, Gesundheit oder Leben für den deutschen Freiheitskampf zu gefährden bzw. zu opfern.

12.11.1933

NS-Regime: Bei den Wahlen zum Reichstag und der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmen 92,1 % der wahlberechtigten Deutschen für die NSDAP und 95,1 % bestätigen die Ziele der NS-Außenpolitik (x032/99).

16.11.1933

USA: Nordamerika nimmt am 16. November 1933 wegen der japanischen Expansion im Fernen Osten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf (x041/93).

19.12.1933

NS-Regime: Die evangelischen Jugendverbände werden am 19. Dezember 1933 durch den evangelischen NS-Reichsbischof Müller aufgelöst und in die HJ-Organisation eingegliedert.

22.12.1933

NS-Regime: Im "Reichstagsbrand-Prozeß" wird der Holländer van der Lubbe am 22. Dezember 1933 zum Tod verurteilt.

CSR: Der nach Karlsbad emigrierte Wilhelm Hoegner schreibt am 22. Dezember 1933 über die NS-Justiz (x032/106): >>Die Justiz ist zur Hure der Politik herabgesunken. ...<<

28.12.1933

UdSSR: Der sowjetische Politiker Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986, eigentlich W. M. Skrjabin, 1930-41 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-49 und 1953-56 Außenminister) berichtet am 28. Dezember 1933 in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der KPdSU über die geplanten militärischen Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus.

31.12.1933

CSR: Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtet am 31. Dezember 1933 (x032/107-108): >>Heute erscheint uns jene Zeit der Verfolgung durch Otto von Bismarck als geradezu noch liberal. Denn nicht nur keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität ... Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich.<<

1933

NS-Regime: Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 errichtet das NS-Regime im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellt.

UdSSR: Im Winter 1932/33 verhungern durch Stalins Zwangskollektivierung in der fruchtba-

ren Ukraine ("osteuropäische Kornkammer") etwa 6 bis 7 Millionen Ukrainer und sterben vielfach unter grauenvollen Umständen (x046/190, x075/93, x087/71).

Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schreibt später über die Hungerkatastrophen 1932/33 in der Ukraine (x075/92): >>... Das Verbrechen, das am ehesten die Bezeichnung Genozid verdient, war sicher das an den Ukrainern zwischen 1930 und 1932.

Die Behandlung, der die Ukraine ausgesetzt war – "verschleierter Holocaust", "Holocaust durch Hunger" –, war grundsätzlich anderer Art als diejenige, die die sowjetische Gesamtbevölkerung unter der Bezeichnung "Kulakenvertreibung" erfuhr.

Dieses Verbrechen wurde aber so geschickt verschleiert, so erfolgreich totgeschwiegen, daß es erst nach mehreren Jahrzehnten wirklich in die Geschichte aufgenommen wurde: Selbst die besten Bücher über den Genozid im 20. Jahrhundert schweigen sich darüber aus. ...<<

Großbritannien: Die Tageszeitung "Morning Post" kritisiert im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informiert (x268/62): >>Alles, was nicht bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwecken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<

Palästina: Infolge der NS-Judenverfolgungen drängen die deutschen Juden ab 1933 verstärkt nach Palästina, obwohl die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunehmen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, rufen die Araber auch zum Generalstreik auf.

01.01.1934

NS-Regime: Am 1. Januar 1934 tritt das "Sterilisierungsgesetz" in Kraft.

Dieses "NS-Sterilisierungsgesetz" fordert die Sterilisierung von 400.000 Männern und Frauen. Unter diesen Personen sind etwa 200.000 Schwachsinnige, 60.000 Epileptiker und 80.000 Schizophrene (x032/109).

Schweiz: Der deutsche Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, 1949 zu 7 Jahren Haft verurteilt) schreibt am 1. Januar 1934 in Bern (x032/109): >>Über das letzte Jahr kann man nur still den Vorhang ziehen. ...<<

24.04.1934

NS-Regime: Am 24. April 1934 wird der NS-Volksgerichtshof errichtet.

29.05.1934

Deutsches Reich: Am 29. Mai 1934 tritt in Barmen die sogenannte Barmer Bekenntnissynode (29.-31.05.1934) zusammen.

Die Barmer Synode erklärt die Bekennende Kirche damals zur rechtmäßigen Vertretung der gesamten evangelischen Kirche (x199/242): >>Im Namen der deutschen Evangelischen Kirche rechtmäßig zu sprechen und zu handeln sind nur die berufen, welche an der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche als ihrer unantastbaren Grundlage festhalten und bei dem die maßgebende Geltung in der deutschen evangelischen Kirche wiederverschaffen wollen. Die in solchem Bekenntnis einigen Gemeinden und Kirchen sind die rechtmäßige deutsche Evangelische Kirche; sie treten zur Bekenntnis-Synode der deutschen Evangelischen Kirche zusammen.<<

27.06.1934

NS-Regime: Am 27. Juni 1934 wird das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen vom 26.01.1934 ratifiziert.

30.06.1934

NS-Regime: Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wird, liquidieren Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene po-

litische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

20.07.1934

NS-Regime: Am 20. Juli 1934 stellt man die ersten bewaffneten SS-Verbände auf (später Waffen SS).

Die SS-Freiwilligenverbände und die SS-Führerschulen ("Junkerschulen") werden danach der Kontrolle durch die Wehrmacht entzogen und unterstehen der Befehlsgewalt der SS-Hauptämter (Hitler-Erlaß vom 17.08.1938).

17.09.1934

Großbritannien: Der spätere britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 17. September 1934 nach einem Gespräch mit Heinrich Brüning in London (x032/162): >>... Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.<<

18.09.1934

UdSSR: Die UdSSR wird am 18. September 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Stalin versucht danach, die westeuropäischen Beziehungen zu verbessern.

18.12.1934

NS-Regime: Am 18. Dezember 1934 wird für alle uniformierten Polizeiverbände der Hitler-Gruß angeordnet.

20.12.1934

NS-Regime: Das politische NS-Strafrecht wird am 20. Dezember 1934 um das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..." ergänzt.

1934

UdSSR: Stalin leitet allmählich die Wiedergewinnung der früheren russischen Großmachtstellung ein. Die sowjetische Rote Armee besitzt im Jahre 1934 das größte Landheer der Welt (x059/37).

Stalin schlägt dem Zentralkomitee der KPdSU während des XVII. Parteitages im Jahre 1934 vor, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erweitern (x080/278): >>... Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.<<

Frankreich: Außenminister Jean Louis Barthou lobt Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Großbritannien: Ab 1934 zeichnet sich bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.

Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärt damals (x054/211): >>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<

13.01.1935

NS-Regime: Am 13. Januar 1935 stimmen 90,8 % der Saarländer für den Anschluß des Saargebietes an das Deutsche Reich. Nur 0,4 % sind für den Anschluß an Frankreich und 8,8 % sind für eine internationale Verwaltung (x032/183).

17.01.1935

Schweiz: Der Völkerbundsrat beschließt am 17. Januar 1935 in Genf die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland (Rückgliederungstermin: 1. März 1935).

01.03.1935

NS-Regime: Am 1. März 1935, um 9.30 Uhr, erfolgt in Saarbrücken die offizielle Rückkehr des Saargebietes. Das Saarland wird nach 15 Jahren französischer Besatzung "heim ins Reich geholt" (x051/510).

10.03.1935

USA: US-Präsident Roosevelt genehmigt am 14. März 1935 den Bau von Landebahnen und

Flughäfen auf Wake Island, dem Midway-Atoll und Guam.

Die japanischen Militärexperten fühlen sich durch diese neuen US-Flughäfen bedroht (x172/64): >>Die Inseln sind natürliche Flugzeugträger, ideale Stützpunkte für feindliche Geschwader. ... Wenn sie von einem Feind besetzt werden, würden sie für uns zum unmittelbaren Sicherheitsrisiko.<<

16.03.1935

NS-Regime: Die Reichswehr wird am 16. März 1935 in "Wehrmacht" umbenannt.

02.05.1935

Frankreich, UdSSR: Frankreich und die UdSSR vereinbaren am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt (Laufzeit: 5 Jahre).

Die sowjetisch-französische Annäherung bereitet den Polen erhebliche Sorgen.

16.05.1935

UdSSR, CSR: Die UdSSR und die Tschechoslowakei schließen am 16. Mai 1935 einen Beistandsvertrag über gegenseitige militärische Hilfe.

Der Beistandspakt mit der UdSSR soll allerdings nur wirksam werden, wenn Frankreich die vereinbarten Bündnisverpflichtungen erfüllt (x120/37).

17.06.1935

UdSSR: Nach sowjetischen Angaben ist das Deutsche Reich am 17. Juni 1935 der größte Handelspartner der Sowjetunion. Danach folgen Großbritannien, Iran und USA.

28.06.1935

NS-Regime: Die Nationalsozialisten ahnden ab 28. Juni 1935 jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden" zu bestrafen ist und verschärfen auch den § 175 Reichsstrafgesetzbuch ("widernatürliche Unzucht"). Danach wird jegliche Unzucht zwischen Männern als Verbrechen bestraft.

Juni 1935

NS-Regime: Im Juni 1935 sind schon rd. 2,5 Millionen Deutsche NSDAP-Parteimitglieder. Bis zum Kriegsende steigt die Zahl der NS-Parteigenossen schließlich auf rd. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder (x051/406).

20.08.1935

UdSSR: Obgleich das NS-Reich damals der größte Handelspartner der UdSSR ist, beschließt die Kommunistische Internationale (Komintern) am 20. August 1935 beim Moskauer Weltkongreß, den Faschismus mit Hilfe der "Kapitalisten" zu bekämpfen (x074/1.120).

15.09.1935

NS-Regime: Der NS-Reichstag beschließt in Nürnberg am 15. September 1935 ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz".

20.09.1935

NS-Regime: NS-Reichsinnenminister Frick läßt am 20. September 1935 das Beflaggen öffentlicher Gebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne verbieten.

03.10.1935

UdSSR: Der ehemalige deutsche KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck erklärt am 3. Oktober 1935 während einer Konferenz der kommunistischen Partei in Moskau (x032/235): >>... Die Partei hat verkannt, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen; wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.<<

Afrika: Italienische Truppen marschieren am 3. Oktober 1935 ohne offizielle Kriegserklärung in das afrikanische Kaiserreich Äthiopien (früher Abessinien) ein.

Äthiopien wird danach im Jahre 1936 durch Italien annektiert.

Hitler nutzt die "Gunst der Stunde" und stellt sich sofort auf Mussolinis Seite. Obgleich Mussolini keine Völkerbundsproteste beachtet und außerdem frühzeitig bekannt wird, daß die Italiener sogar Giftgas gegen die Afrikaner einsetzen, liefert das NS-Regime kriegswichtige Rohstoffen an Italien.

07.03.1936

NS-Regime: Am 7. März 1936 läßt Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und bricht damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).

16.03.1936

USA: Die "New York Times" berichtet am 16. März 1936 über italienische Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/73): >>... Seit 7.30 Uhr warf ein Geschwader von 7 Bombenflugzeugen Stahlbehälter ab, die teils Phosgen und teils Senfgas enthielten. ... Manche gingen zwischen den Hütten armer Bauern nieder.<<

29.04.1936

NS-Regime: In einem Massenprozeß gegen 54 sozialdemokratische Gewerkschaftler werden die Angeklagten am 29. April 1936 in Dortmund mehrheitlich zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

05.05.1936

Afrika: Italienische Truppen besetzen am 5. Mai 1936 Addis Abeba (Hauptstadt von Äthiopien).

09.05.1936

Afrika: Das von italienischen Truppen besetzte Äthiopien (Abessinien) wird am 9. Mai 1936 durch Italien annektiert.

17.06.1936

NS-Regime: Am 17. Juni 1936 läßt Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wird SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei.

30.06.1936

Schweiz: Haile Selassie I. (1892-1975, seit 1930 Kaiser von Äthiopien) berichtet am 30. Juni 1936 vor dem Völkerbund in Genf über die italienischen Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/74-75): >>... Der flüssige Inhalt verteilte sich in der Form eines tödlichen Sprühregens über eine beträchtliche Fläche. ... Gruppen von 9, 15 und 18 Flugzeugen folgten einander, so daß die Flüssigkeit, die sie abgaben, eine ununterbrochene Wolke bildete. ... Und so wurden ab Ende Januar 1936 Soldaten, Frauen, Kinder, Vieh, Flüsse, Seen und Weiden unaufhörlich von diesem tödlichen Regen getränkt.

Alle, die von dem tödlichen Regen aus dem Flugzeug getroffen wurden schrien vor Schmerzen und rannten davon. Alle, die vergiftetes Wasser tranken oder verseuchte Nahrung aßen, starben unter gräßlichen Qualen. Die Opfer des italienischen Senfgases fielen zu Zehntausenden.<<

11.07.1936

Österreich: Der österreichische Bundeskanzler schließt am 11. Juli 1936 mit dem NS-Regime in Wien das sogenannte Juliabkommen (geheime deutsch-österreichische Vereinbarungen).

Nach dem Abbruch der österreichisch-italienischen Bündnisverhandlungen wegen der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien ("Achse Berlin-Rom") sucht der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (1897-1977) einen Ausgleich mit Hitler.

19.07.1936

Spanien: Am 19. Juli 1936 tritt die Regierung der linken Volksfront in Madrid zurück. Der Linksrepublikaner Pereira bildet danach eine neue Regierung.

20.07.1936

Spanien: Als die neue spanische Regierung am 20. Juli 1936 die Auflösung der Armee, die allgemeine Mobilmachung und die Ausgabe von Waffen an die Arbeitermilizen beschließt, beginnt in Spanien ein erbitterter Bürgerkrieg.

Der Spanische Bürgerkrieg (Juli 1936 bis März 1939) wird mit großer Grausamkeit geführt. Folterungen und Hinrichtungen von Gefangenen sind vor allem in den ersten Wochen und Monaten des Bürgerkrieges an der Tagesordnung. Diese Verbrechen begehen beide Kriegsparteien (Nationalisten und Republikaner). Infolge der direkten Beteiligung der rechtsradikalen Staaten Italien und Deutschland sowie der linksradikalen Sowjetunion entwickelt sich der Spanische Bürgerkrieg schnell zu einem ideologischen Krieg (Nationalismus und Faschismus gegen Kommunismus bzw. Bolschewismus).

Im Ausland wird der Spanische Bürgerkrieg mit Hochspannung verfolgt. Die Mehrheit spricht sich allmählich entschieden gegen die rechtsradikalen Aufständischen aus und die Kommunisten (Komintern) fordern ihre Anhänger in aller Welt auf, die spanischen Faschisten zu bekämpfen. Schon bald melden sich Tausende von Freiwilligen zu den Internationalen Brigaden, um die "sozialistische Demokratie" Spaniens zu retten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x192/438): >>Im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 standen die politischen Rechten, Militärs und katholische Kirche (mit Unterstützung durch "Freiwillige" und Militärhilfe aus Deutschland und Italien) gegen die Volksfrontregierung, Republikaner, Antiklerikale, Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten aus verschiedenen Ländern.

Die Linken kämpften verzweifelt gegen die zahlenmäßige und waffentechnische Überlegenheit ihrer Gegner und prangerte deren Greuelthaten an – darunter die Bombardierung ziviler Gebiete. Doch auch die Republikaner machten sich im Verlauf des Krieges schrecklicher Verbrechen schuldig. ...<<

26.07.1936

USA: Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtet am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. ...<<

24.10.1936

NS-Regime: Hitler erkennt am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgen weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").

25.11.1936

NS-Regime: Das NS-Regime und Japan schließen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtet (x041/94).

1936

CSR: In der CSR gibt es Ende 1936 etwa 846.000 Arbeitslose, davon sind 525.000 Sudetendeutsche (x020/35). Der innenpolitische Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen verschärft sich, da Henlein (SDP) ein gewisses Maß an Autonomie sowie politische und soziale Gleichberechtigung fordert.

Die jahrelange systematische Unterdrückung treibt die verzweifelten Sudetendeutschen regelrecht in "Hitlers offene Arme". Infolge der großen wirtschaftlichen Probleme und wegen fehlender Kompromißbereitschaft der CSR nimmt Henlein die ersten Kontakte zum NS-Reich auf ("Phase der nationalen Radikalisierung").

18.01.1937

NS-Regime: Im Verlauf eines Hamburger NS-Schauprozesses werden am 13. Januar 1937 25 Widerstandskämpfer zu 160 Jahren Haft verurteilt. 3 Angeklagte erhalten die Todesstrafe (x121/222).

Bis zum Kriegsbeginn finden noch 86 Massenschauprozesse statt.

30.01.1937

NS-Regime: Die NS-Regierung zieht am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.

23.02.1937

NS-Regime: Adolf Hitler verspricht am 23. Februar 1937, die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz zu respektieren (x032/338): >>... Zu jeder Zeit, komme was da wolle.<<

26.04.1937

Spanien: Guernica (eine nordspanische Stadt im Baskenland, 20 km östlich von Bilbao entfernt, mit etwa 10.000 Einwohnern) wird während des spanischen Bürgerkrieges am 26. April 1937 durch Kampfflugzeuge der Legion Condor zerstört. Die Zahl der Todesopfer beträgt vermutlich 100 bis 1.600 Personen.

07.07.1937

Japan, China: Nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) eröffnet Japan am 7. Juli 1937 den Angriffskrieg (ohne Kriegserklärung) gegen China und bedroht die bisherige Vormachtstellung der Russen und Briten im Fernen Osten.

Die japanische Regierung, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schwächen des Deutschen Reiches sowie der Sowjetunion konsequent ausgenutzt und Nordamerika aus zahlreichen Absatzmärkten verdrängt hatte, strebte infolge der großen Überbevölkerung gewaltsame Expansionen an.

10.07.1937

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) schreibt am 10. Juli 1937 in der Wochenzeitung "The Economist" (x028/50): >>Spricht man mit einem Tschechen über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei, so fängt er gewöhnlich mit der allgemeinen Behauptung an, daß die Tschechoslowakei eine Demokratie sei. Und spricht man dann mit einem Angehörigen der deutschen Minderheit, so wird man gewahr, daß gerade diese Behauptung wie das rote Tuch auf einen Stier wirkt.

In Wahrheit ist selbst ein traditionsreiches und in sich völlig gefestigtes demokratisches Verfassungsleben nur sehr schwer auf eine Minderheit anzuwenden, die unter der gegebenen Herrschaft eben einfach nicht leben mag. Wir wissen selber am besten, daß wir (es) nie fertig bekommen haben, unsere britische Spielart von Demokratie auf unsere Herrschaft über Irland anzuwenden. Und was die Methoden betrifft, mit denen die Tschechen heute ihre Vorherrschaft über die Sudetendeutschen ausüben, so sind sie einfach undemokratisch.

Auf Grund ihrer Nachkriegsbeziehungen zu den westlichen Nationen, die sie so rührend bewundern, haben sich die Tschechen von den Briten weniger die "selbstverständliche Überlegenheit", sondern weit eher die britische Heuchelei angeeignet und zwar in sehr starkem Maß! Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.<<

21.08.1937

UdSSR: Stalin schließt am 21. August 1937 einen Nichtangriffspakt mit China.

05.11.1937

NS-Regime: Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläutert Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne.

26.11.1937

Deutsches Reich: Evangelische Pastoren halten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

07.12.1937

China: Japanische Flugzeuge werfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen

Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<

Da die chinesischen Truppen nicht kapitulieren, besetzen japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereignen sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert werden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen werden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).

Spanien: Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewinnen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen kann.

Ab 1937 beginnt in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Trotzlisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).

Stalin setzt ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führt während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Trotzlisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

11.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett.

12.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

13.03.1938

Österreich: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.

10.04.1938

NS-Regime, Österreich: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

29.04.1938

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärt am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

06.05.1938

Großbritannien: Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre

lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

09.06.1938

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 9. Juni 1938 in seiner 14-tägigen Zeitungskolumne über die Luftangriffe gegen britische Städte im "nächsten Krieg" (x172/102): >>... Die Männer unseres Landes werden einen brennenden Kampfgeist verspüren, wenn sie erleben müssen, daß ringsum auf so feige Art Frauen und Kinder getötet werden. Jeder Mann, der sich mit Recht so nennen darf, wird darauf pochen, am Kampf teilzunehmen.<<

21.06.1938

Großbritannien: Premierminister Chamberlain erklärt am 21. Juni 1938 während einer Rede im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. ...<<

02.07.1938

USA: Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schreibt am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

20.08.1938

Schweiz: Der schweizerische Geschichtspräsident und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemüht, schreibt am 20. August 1938 über die Stimmung in Deutschland (x025/141): >>Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden. ... Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.<<

22.08.1938

NS-Regime: Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reist vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen.

19.09.1938

CSR: Die tschechische Regierung wird am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeit keinen Krieg führen könnten (x041/96).

23.09.1938

CSR: Staatspräsident Benesch ordnet am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

29.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Die westeuropäischen Diplomaten arbeiten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

30.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird.

CSR: Die tschechoslowakische Regierung erkennt am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprechen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verlassen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzeitig kehren Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück.

Ungarn: Die ungarische Regierung fordert am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.

01.10.1938

NS-Regime, CSR: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

02.10.1938

CSR: Polnische Truppen besetzen am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagen die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen werden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.

05.10.1938

CSR: Präsident Benesch tritt am 5. Oktober 1938 zurück und emigriert in die USA.

21.10.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 21. Oktober 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen zu treffen, um die restliche Tschechoslowakei wegen ihrer profranzösischen Außenpolitik zu "erledigen" (x041/96).

07.11.1938

Frankreich: Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schießt am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen.

Das NS-Regime nutzt diesen Mordanschlag (Rath stirbt 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

09.11.1938

NS-Regime: Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 läßt das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führen die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligt sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.

21.11.1938

CSR: Am 21. November 1938 stimmen die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die sudetendeutschen Gebiete werden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches.

NS-Regime: Nach dem Anschluß Österreichs verlassen bis Ende 1938 rund 45.000 reiche österreichische Juden das Land.